

# Mein NEWSLETTER



## Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL  
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



April 2018

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ja, es hat diesmal lange gedauert, bis eine neue Regierung gebildet werden konnte. Genau 171 Tage nach der Bundestagswahl wurden die Kanzlerin und die Minister vereidigt.

Das Ergebnis des Mitgliederentscheides war deutlich ausgefallen. Ich habe mit 60 Prozent Zustimmung gerechnet. Dass am Ende 2 von 3 Mitglieder zugestimmt haben, ist ein klares Ergebnis. Dennoch: Ich will auch die im Blick behalten, die mit Nein gestimmt haben. Wir brauchen Jede und Jeden. Es geht jetzt darum, dass wir unseren sehr guten Dialog fortsetzen und wieder politisch streiten.

Die Erneuerung der SPD darf keine Worthülse sein. Es gilt, dass wir uns inhaltlich, organisatorisch und personell so aufstellen, dass uns auch die nächste Generation noch braucht und sucht. Wir sprechen von 20 Jahren, in einer Zeit, in der oft zwischen zwei Nachrichten nur 20 Sekunden vergehen.

Vielleicht hilft uns Ostern. Wer Ostern wirklich kennt, kann nicht zweifeln. Ich wünsche uns allen eine nachdenkliche, aber Mut machende Karwoche und ein frohes Osterfest.

Herzlichst Ihr/ Euer

*Bernd Rützel*



## INHALT

- 2 **Klartext: Information nicht Werbung**
- 4 **Rede: Betriebsratswahlen erleichtern**
- 6 **Neue Bundesregierung**
- 7 **Einsätze der Bundeswehr**
- 8 **Bahnhöfe & Praktikum**
- 9 **Natascha & Arbeitsmarkt**
- 11 **Sophies Post aus den USA**
- 12 **Gastbeiträge der MdLs**

## KONTAKT/IMPRESSUM

### Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13  
97737 Gemünden  
Tel. 09351 6036563  
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 227 73434  
bernd.ruetzel@bundestag.de

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB  
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## MERKEL HÄLT MICH FÜR MEISTER

Die Zeitung „Welt“ berichtete über mein Treffen mit Angela Merkel nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages: „So wechselt Merkel ein paar klärende Worte mit Bernd Rützel (...). Den nämlich hatte Merkel doch glatt für den Staatssekretär Michael Meister von der CDU gehalten. Die beiden Männer sehen sich in der Tat frappierend ähnlich, da sind sich Rützel und Merkel einig. Meister, erzählt Rützel noch der Kanzlerin, nehme im Plenarsaal zuweilen in einer hinteren Reihe der SPD Platz, und er, Rützel, auf einem Sessel der Union. Merkel und Rützel amüsieren sich.“

## HALLENBAD GEMÜNDEN ERÖFFNET



Am 9. März wurde das Hallenbad Gemünden eingeweiht. Als Vorsitzender des Fördervereins Hallenbad Gemünden a. Main e.V. bedankte ich mich beim Festakt der Stadt Gemünden bei allen SponderInnen, HelferInnen und UnterstützerInnen. Ich freue mich vor allem für die Eltern, die sieben Jahre lang ihre Kinder zum nächsten Schwimmbad fahren mussten. Jetzt hat Gemünden wieder ein Hallenbad. Und das wurde auch endlich Zeit!

## KLR TXT

### INFORMATION NICHT WERBUNG

Seit einem Gerichtsurteil im November vergangenen Jahren diskutieren Politik, Gesellschaft und Presse über den § 219a StGB. Der ist mit „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ überschrieben, führte aber zu einer Verurteilung einer Frauenärztin, die auf ihrer Homepage darüber informierte, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Offenbar häufen sich derzeit entsprechende Strafanzeigen gegen Ärztinnen und Ärzte. Für sie müssen wir Rechtsklarheit schaffen – und ungeplant Schwangeren und ihren Partnern die Möglichkeit geben, sich zu informieren. Um es klar zu sagen: Es geht nicht darum, den Kompromiss von 1995 zum Schwangerschaftsabbruch (§218 StGB) in Frage zu stellen!

Die SPD-Bundestagsfraktion hat vor dem Eintritt in die Verhandlungen über eine Große Koalition einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet und eingebracht. Wir haben dann aber entschieden, diesen Gesetzentwurf noch nicht im Bundestag zu beraten. Offenbar ist die Union nun doch – zumindest in Teilen – offen für eine Änderung des §219a StGB. Wir haben deshalb vereinbart, als Bundesregierung einen Änderungsvorschlag vorzulegen. Das fällt in die Zuständigkeit unserer Bundesjustizministerin Katharina Barley. Ich habe größtes Vertrauen in sie, dass sie dieser Aufgabe gewohnt souverän gerecht werden wird.

Wir brauchen dringend Rechtssicherheit, damit die sachliche Information über Schwangerschaftsabbrüche auch künftig möglich ist. Wenn aus guten Gründen und unter den gesetzlichen Voraussetzungen Schwangerschaftsabbrüche zulässig sind, dann kann es nicht sein, dass aus Sorge vor Strafverfolgung immer weniger Ärztinnen und Ärzte diese vornehmen und Frauen in schwierigen Lebenssituationen keine Hilfe finden.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Vor 100 Jahren ist das Frauenwahlrecht eingeführt worden. Der **Internationale Frauentag am 8. März** dieses Jahres stand daher ganz im Zeichen dieses Jubiläums. Auch ich war an diesem Tag aktiv. Morgens lud ich in meinem Bürgerbüro in Gemünden zum **Frauenfrühstück** ein und durfte mich über ein „volles Haus“ freuen. Es waren anregende, interessante Diskussionen mit den anwesenden Frauen – und Männern, unter ihnen der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagskandidat Sven Gottschalk. Für mich ist das Frauenfrühstück mittlerweile eine lieb gewordene Tradition, die ich auch im nächsten Jahr wieder fortsetzen werde.



Später am Tag lud der Ortsverein Gemünden zum Kinoabend ein. Monika Poracky und ihr Team zeigten den Schweizer Film „Die Göttliche Ordnung“, in dem es um die Einführung des Frauenwahlrechts im Alpenstaat im Jahr 1971 (!) geht. Die Komödie von Regisseurin Petra Volpe kam sehr gut an und sorgte für lebhaftes Diskussions. So unterhaltsam kann Politik sein!

# Frauen verdienen 100%! ♀

SPD  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Am **18. März** war dann noch ein wichtiger Termin: **Equal-Pay-Day**, der „Tag für gleiche Bezahlung“ von Frauen und Männern. Er markiert in jedem Jahr den Tag der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen: Während Männer bereits ab dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden, arbeiten Frauen quasi bis zum 18. März umsonst – und das für die gleiche bzw. gleichwertige Arbeit. Die SPD-Fraktion wird auch in dieser Legislaturperiode die Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt konsequent abbauen, z. B. mit dem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.

**Es ist ungerecht, dass Frauen für ihre Arbeit am Ende des Monats 21 Prozent weniger in der Tasche haben als ihre männlichen Kollegen.**

Und das hat Folgen: So erzielen Frauen im Laufe ihres Erwerbslebens deutlich weniger Einkommen und bekommen dadurch auch deutlich weniger Rente. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das muss für Frauen und Männer uneingeschränkt gelten.

**Ich möchte, dass der Equal-Pay-Day in Zukunft auf den 1. Januar fällt.**

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## BETRIEBSRATSWAHLEN ERLEICHTERN



Am 15. März sprach ich erneut im Parlament, dieses Mal über unsere Pläne, Betriebsratswahlen in kleinen Unternehmen zu erleichtern. **Es ist mir ein Herzensanliegen, dass neue Betriebsräte gegründet werden.**

Und so sieht das dann im Plenarprotokoll aus, das von den Stenografinnen und Stenografen des Deutschen Bundestages erstellt wird:

### **Bernd Rützel (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut – ich freue mich darüber –, wenn wir immer wieder über Mitbestimmung reden. Ich selber war Jugend- und Auszubildendenvertreter, Personalrat und dann Betriebsrat. Und eines habe ich jetzt ganz genau vernommen, lieber Kollege Uwe Schummer – auch darüber bin ich froh –: Wir können jetzt im Ausschuss noch einmal über die Schutzlücke sprechen, die von dem Moment an, in dem sich Menschen in der Teeküche oder Kaffeeküche treffen und sagen: „Wir könnten einen Betriebsrat gebrauchen“, bis zu dem Augenblick besteht, an dem ein Wahlvorstand gebildet wird. In der letzten Legislatur haben wir an dieser Stelle auch darüber gesprochen, aber wir konnten das Problem nicht lösen. Vielleicht kommen wir hier einen Schritt weiter.

Von der betrieblichen Mitbestimmung profitieren die Beschäftigten genauso wie die Unternehmen. Zahlreiche Studien zeigen, dass es in mitbestimmten Unternehmen höhere Löhne, eine größere Familienfreundlichkeit, mehr Weiterbildung und eine höhere Jobsicherheit gibt. All das sind heute riesige Pluspunkte am Arbeitsmarkt; dadurch wird die Attraktivität eines Unternehmens deutlich gesteigert. Und ein gutes Image kann jedes Unternehmen gebrauchen. Oftmals wird viel Geld für Imagekampagnen ausgegeben. Auf die genannten Punkte zu setzen, wäre aber viel besser.

Mitbestimmung in Unternehmen führt auch dazu, dass die Betriebe produktiver sind, dass sie höhere Renditen und eine geringere Fluktuation beim Personal haben und mehr Innovationen hervorbringen. Auch die Differenz zwischen den Gehältern der höher und der geringer Qualifizierten ist bei Mitbestimmung kleiner; auch die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen fällt geringer aus. Also hat Mitbestimmung eine überragende Bedeutung. Ich frage mich, warum trotzdem nur vier von zehn Beschäftigten durch einen Betriebsrat vertreten sind. Es ist schon angeklungen, dass es Bestrebungen gibt, eine solche Interessenvertretung immer weiter auszuhöhlen. Insofern ist es gut, dass die Linken diesen Antrag eingebracht haben.

Ich möchte an dieser Stelle an alle Beschäftigten in den Unternehmen appellieren: Wählen Sie Ihre Interessenvertretung, gehen Sie wählen, stärken Sie die Mitbestimmung, nutzen Sie Ihr Wahlrecht! Sich nur zu beschweren, hilft nichts. Man muss es anpacken, und die meisten machen das auch.

(Beifall bei der SPD)

In vielen Unternehmen geht man ordentlich miteinander um; sie sind stark. Es gibt aber auch schwarze Schafe, die eine systematische Bekämpfung, eine Unterdrückung, eine Sabotage von Arbeitnehmervertretungen nicht nur zulassen, sondern auch vorantreiben. Es gibt einige solcher Fälle in meinem Wahlkreis. Diese Zermürbungsmethoden dürfen keinen Erfolg haben. Deswegen werden wir, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben, demnächst darangehen, die Anwendung des vereinfachten Wahlrechts auszuweiten; es ist eben schon besprochen worden. Ja, das ist nur ein Teil, ja, es könnte viel mehr sein.

Ich freue mich, dass wir diese Woche eine Regierung gebildet haben, dass die Koalition steht. Das ist gut. Wir haben viel vor uns. Ich muss hier trotzdem sagen, dass es diese Koalition ist, die sich immer wieder auf das eine

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



oder andere beschränkt. Aber so ist das Leben. Von daher gilt es jetzt, Fortschritte an den Stellen zu machen, zu denen wir viel Gutes vereinbart haben.

Für die SPD ist eines klar: Wir werden immer an der Seite der arbeitenden Menschen stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden immer an der Seite der abhängig Beschäftigten stehen.

Wir werden immer auf der Seite der Betriebsräte, der Personalräte und der Jugendvertretungen stehen.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD)

## Meine Reden:

[www.bernd-ruetzel.de/politik/reden](http://www.bernd-ruetzel.de/politik/reden)

## VERBANDSTAG DER FEUERWEHREN



Auf dem Inspektionsehrentag der Feuerwehren aus dem Altlandkreis Gemünden in Obersinn wurden Feuerwehrleute geehrt, die seit 25 und 40 Jahren aktiv Dienst leisten. In meiner Rede dankte ich allen Aktiven in den Wehren und Rettungsdiensten. Diese ehrenamtliche Arbeit kann man nicht hoch genug schätzen!

## TREFFEN MIT PASTORALTEAM DER KHG WÜRZBURG

Ende März traf ich mich in Berlin mit dem Pastoralteam der Katholischen Hochschulgemeinde Würzburg (KHG). Seit zehn Jahren arbeitet die Gruppe nun schon in dieser Besetzung und verbringt anlässlich des Jubiläums drei Tage der Inspiration und Begegnung in Berlin. „Wir arbeiten in einer Hochschulgemeinde, in der sich viele Studierende in kulturellen und sozialen Arbeitskreisen engagieren. Deshalb nutzen wir als Team in diesen Tagen die vielen Möglichkeiten der Hauptstadt, um uns für unsere Arbeit anregen zu lassen. Dazu gehört auch, dass wir interessante Gesprächspartner zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen aufsuchen“, erklärt Burkhard Hose (2.v.r.), Studentenfarrer der Katholischen Hochschulgemeinde in Würzburg und Friedenspreisträger der Stadt Würzburg.

Besonders gerne habe ich mich mit dem Pastoralteam über deren Projekte ausgetauscht. Als gläubiger Katholik interessiere ich mich natürlich für die Arbeit der Kirchen auch im Hochschulbereich.



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## NEUE BUNDESREGIERUNG

Die Bundesregierung wird bayerischer, weil ihr mehr SozialdemokratInnen aus Bayern angehören werden. Ich freue mich sehr, dass **Bärbel Kofler** im Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe bestätigt wurde. Meine Kollegin aus dem Wahlkreis Traunstein-Berchtesgadener Land war auch schon mal bei mir zu Gast und diskutierte im Würzburger Kino „Central“ über Menschenrechte in Kriegsgebieten und Fluchtursachen.

Ich gratuliere auch unseren Parlamentarischen StaatssekretärInnen aus Bayern, **Rita Hagl-Kehl** aus Deggendorf, **Anette Kramme** aus Bayreuth und **Florian Pronold** aus Rottal-Inn.

Rita ist nun neue Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dort bei Bundesministerin Dr. Katarina Barley für den Bereich Verbraucherschutz zuständig. Anette bleibt Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und ist dort bei Bundesminister Hubertus Heil für die Arbeitsmarktpolitik zuständig. Florian Pronold wurde ebenfalls zum zweiten Mal als Parlamentarischer Staatssekretär ins Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit berufen. Florian wird an der Seite von Bundesministerin Svenja Schulze unter anderem die Themen Wasserwirtschaft und Ressourcenschutz verantworten.

## UNSERE SECHS BUNDESMINISTERINNEN



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## EINSÄTZE DER BUNDESWEHR

Über die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden ist eine besondere Herausforderung und immer schwierig. Sie werden in der SPD-Bundestagsfraktion stets kontrovers diskutiert – ein Spiegel der Debatte in der Gesellschaft.

**Ich finde es gut, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist und der Bundestag über ihre Einsätze zu entscheiden hat.**

Im März hatten wir über mehrere Mandate zu entscheiden. Der Grund war, dass sie im Herbst für nur drei Monate verlängert worden waren, um einer neuen Bundesregierung die Chance zu geben, die Mandate zu überprüfen und zu verändern. Nach dem Scheitern von „Jamaica“ lag auch dieser Ball nun wieder in unserem Feld. Wir haben die Mandate deshalb zum Bestandteil der Koalitionsverhandlungen gemacht und dort einige Änderungen vereinbart.

Unverändert wurden die Auslandseinsätze der Bundeswehr im **Sudan und Südsudan**, UNAMID (bis zu acht SoldatInnen, Auftrag: Schutz von Zivilisten in Dafur/Sudan, Stabilisierung des Friedensprozesses, Begleitung politischer Verhandlungen) und UNMISS (Südsudan, bis zu 15 SoldatInnen, Auftrag: Schutz der Zivilbevölkerung im Bürgerkrieg/katastrophale humanitäre Lage, massive Fluchtbewegung) sowie der Einsatz im **Mittelmeer**, SEAGUARDIAN (bis zu 650 SoldatInnen, Einsatz gegen maritimen Terrorismus vor allem in den Küstengebieten fragiler Staaten Nordafrikas, Seenotrettung) bis zum 31.03.2019 verlängert.

Für einige Mandate haben wir Änderungen beschlossen. Zum einen MINUSMA (bis zu 1.100 SoldatInnen, Auftrag: **Stabilisierung Malis**, Unterstützung der Umsetzung des Friedensabkommens, Schutz der Zivilbevölkerung) - hier wurde auf Drängen der SPD beschlossen, die in Mali eingesetzten Hubschrauber bis Mitte 2018 abziehen.

Das **Anti-IS-Mandat** (Schwerpunkt Irak) wird fortgesetzt, die Höchstgrenze der eingesetzten SoldatInnen beträgt künftig 800 statt bisher 1.200.

Wir haben außerdem beschlossen, den Einsatz der Bundeswehr in **Afghanistan** (Resolute Support) zu verlängern. Dieser Beschluss erfolgt auf Grundlage einer Analyse aller politischen und militärischen Rahmenbedingungen. Eine Fortsetzung des Einsatzes hält die Bundesregierung für die Stabilisierung des Landes und für die Sicherheit Deutschlands und seiner Partner für erforderlich. Angesichts der aktuellen Situation haben wir beschlossen, die Obergrenze der eingesetzten SoldatInnen auf 1.300 zu erhöhen. Ihr Auftrag ist die Ausbildung, Beratung und Unterstützung sowie die Sicherung und der Schutz der deutschen Auslandsvertretungen. Sie sollen außerdem die afghanischen Wahlen 2018/2019 beratend begleiten. Die Mandatsverlängerung ist befristet bis zum 31.03.2019.

Beenden werden wir die Einsätze im **Nordirak** (Ausbildungsmandat Peschmerga/Bestandteil des Anti-IS-Mandates) und in **Somalia** (EUTM).

Mehr Informationen zu den einzelnen Mandaten auf der Internetseite der Bundeswehr:

[www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de)

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## PRAKTIKUM: POLITIK HAUTNAH ERLEBEN



**Lukas Beckmann** hat mich zwei Wochen lang in Berlin als Praktikant unterstützt. Aktuell ist er in meinem Bürgerbüro in Gemünden in die tägliche Arbeit eingebunden. Der 20-Jährige studiert in Würzburg Political and Social Studies. Sein Wissen aus dem Studium konnte er vertiefen und die Tagesarbeit im politischen Betrieb miterleben. Seine Erfahrungen fasst Lukas Beckmann so zusammen:

„Politik nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis zu erleben, ist wichtig und hat mir besonders gefallen. Ich durfte bei verschiedenen Terminen die politische Arbeit mitverfolgen. Dazu gehörten Ausschuss- und Plenarsitzungen sowie die Beantwortung von Bürgerfragen oder die Vorbereitung von Veranstaltungen. Nach der Zeit in Berlin freue ich mich jetzt auf das Wahlkreisbüro in Gemünden, wo ich weitere vier Wochen verbringen werde. Neben den spannenden Themen ist mir aber auch die enorme Arbeitsbelastung der Abgeordneten aufgefallen. Politik ist und bleibt ein Knochenjob, für den es Leidenschaft braucht“.

Über Praktika möchte ich das Interesse Jugendlicher für Politik gezielt fördern. Ich gebe ihnen gerne die Gelegenheit, Einblicke in meine Arbeit zu erhalten. Wer sich hierfür interessiert, ist herzlich eingeladen, sich für ein Praktikum zu bewerben.

## GUTE AUSSICHTEN FÜR BAHNHOSSANIERUNGEN

Im März gab es endlich positive Signale für die Bahnhofssanierungen in Gemünden, Rieneck, Burgsinn, Mittelsinn, Obersinn und Langenprozelten: Die Vorplanungen für den barrierefreien Umbau des Bahnhofs Gemünden laufen auf Hochtouren und werden noch dieses Jahr abgeschlossen. Schon 2020/2021 könnte der Ausbau erfolgen. Die Station wird zu jedem Bahnsteig Aufzüge erhalten und die weitere Nutzung der vorhandenen Unterführung überprüft. Hinzu kommen Blindenleitsysteme für den gesamten Bahnhofsbereich. Auch eine Sanierung bzw. der Neubau der Bahnsteigdächer ist vorgesehen. Für die Aufnahme in die kommende Planungsrunde im April 2018 erfolgt derzeit die Begutachtung der Bahnhöfe Rieneck, Burgsinn, Mittelsinn und Obersinn. Ziel ist es, diese Stationen in das Umbauprogramm 2019-2024 aufzunehmen. Mir ist wichtig, dass es gelingt, die baulich bedingte einjährige Sperrzeit der Eisenbahnstrecke Gemünden-Jossa im Jahr 2024 für die Sanierung der Bahnhöfe zu nutzen. Auch in Langenprozelten soll es voran gehen, dort wird der zweite Bahnsteig bis spätestens 2020 erstellt. Ich freue mich über diese guten Nachrichten und werde deren Umsetzung weiter konstruktiv und hartnäckig begleiten. Natürlich gilt mein Einsatz auch allen anderen Bahnhöfen der Region.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## LANDESPARTEITAG: NOMINIERUNG DER SPITZENKANDIDATIN



Es wird Zeit für ein neues Gesicht in Bayern: **Natascha Kohnen** ist unsere Spitzenkandidatin für die Landtagswahl! 95 Prozent der Delegierten stimmten auf dem Landesparteitag Anfang März für unsere Landesvorsitzende.

Natascha warb in ihrer Rede für einen neuen Politik-Stil. Die Menschen müssten der Politik wieder vertrauen können: „Sie hören uns nur dann zu, wenn sie das Gefühl haben, dass wir uns wirklich Gedanken machen um ihre Zukunft, dass wir uns mit Ernsthaftigkeit austauschen, mit Respekt vor dem Argument des anderen. Dann trauen uns die Menschen auch wieder zu, dass wir ihre Probleme wirklich lösen können.“

Dass das ganz auf meiner Linie liegt, wissen alle, die mich und meine politische Arbeit seit Jahren kennen. Ich freue mich, dass das auch unsere Parteispitze hier in Bayern so sieht! Ab sofort ist die BayernSPD im Wahlkampf! Los geht's: Es lohnt sich, für eine starke Sozialdemokratie in Bayern zu kämpfen.

## PERSPEKTIVEN DES UNTER- FRÄNKISCHEN ARBEITSMARKTES



Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) diskutierte Mitte März in Würzburg die „Perspektiven des unterfränkischen Arbeitsmarktes“. Unsere Schweinfurter Landtagsabgeordnete Kathi Petersen vertrat hier mit starken Positionen die SPD bei der Diskussion um Digitalisierung, Ausbildung für Geflüchtete, Weiterbildung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts.

**Es war ein interessanter Kongress, der einmal mehr zeigte: Die Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen ist bei der SPD am besten aufgehoben.**

**Mehr Infos, Texte und Fotos  
zu Politik & Terminen:  
[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)**

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## HANDLUNGSBEDARF TROTZ NIEDRIGER ARBEITSLOSIGKEIT

Zusammen mit unseren SPD-Landtagsabgeordneten **Kathi Petersen**, **Georg Rosenthal** und **Volkmar Halbleib** traf ich mich Anfang März mit den Leitern der Arbeitsagenturen Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg in Würzburg, um über Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Unterfranken zu sprechen.

Der lokale Arbeitsmarkt ist stabil, die Arbeitslosigkeit ist weiter rückläufig, die Auftragsbücher sind voll. Derzeit sind in Unterfranken 22.441 Menschen arbeitslos. Fachkräfte- und Nachwuchsmangel stellen ein Problem dar, das Qualifizierung, Änderungen des Anforderungsprofils und verbesserte Arbeitsbedingungen nötig macht. Dieser Mangel droht zu einer Bremse für die hiesige Wirtschaft zu werden.

Über 65 Prozent der Realschüler besuchen nach ihrem Abschluss weiterführende Schulen. „Ein Trend, der zu einem Mangel an Auszubildenden im Handwerk führt“, erklärte der Leiter der Arbeitsagentur Würzburg, Stefan Beil. Gleichzeitig werden die Anforderungen im Handwerk immer höher. Hier ist eine konstante Weiterbildung notwendig.

Die Lücke zwischen Schulabschlüssen und Ausbildungsverhältnissen betrifft auch die Pflegeberufe. Hier gibt es großen Handlungsbedarf, um die Attraktivität zu steigern. Es muss verlässliche Arbeitszeiten und weniger Belastung geben. Nur durch bessere Arbeitsbedingungen kann die Verweildauer in Pflegeberufen gesteigert werden.

Um Jugendliche gezielt zu fördern, entstehen in Unterfranken weitere Jugendberufsagenturen. Hier



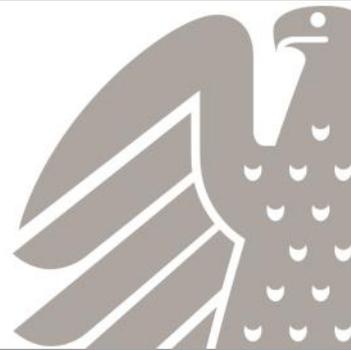
wird die Arbeit zwischen Jugendamt, Jobcenter und der Agentur für Arbeit koordiniert, um ein möglichst umfassendes Angebot zu bieten. Diese Entwicklung begrüße ich sehr. Wir brauchen gut vernetzte Einrichtungen wie diese, die Jugendliche von der Straße holen und in Arbeit bringen.

Der Koalitionsvertrag sieht für den Arbeitsmarkt einige Verbesserungen vor. Ein einheitlicher Betreuungsschlüssel in der Pflege und die Arbeitsagenturen als Zentren für lebenslanges Lernen und Qualifizierung sollen für zukunftssichere Perspektiven für die Beschäftigten sorgen.

Außerdem muss die Möglichkeit, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, stärker genutzt werden. Und wir müssen die immer noch zu große Anzahl an prekären Arbeitsverhältnissen bekämpfen.

Auch die Perspektiven für Geflüchtete auf dem hiesigen Arbeitsmarkt werden in Zukunft weiterhin Thema bleiben. Momentan dürfen Geflüchtete aus Afghanistan, die schon in Deutschland sind, oft nicht arbeiten. Diese über Jahre in Ungewissheit zu lassen, geht nicht.

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## SOPHIES POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Sophie Maier aus Bischbrunn. Hier ihr aktueller Bericht:

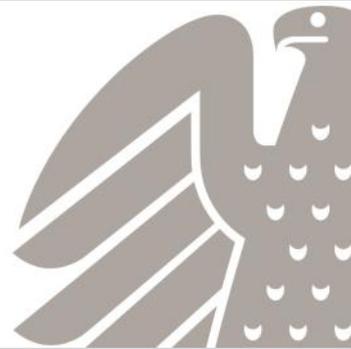
Im März fand unser Civic Education Workshop (Zwischenseminar) in Washington D. C. statt. Das erste mal seit sechs Monaten, dass sich wieder alle Teilnehmer des PPP zusammen getroffen haben. Das Seminar in der Hauptstadt wurde von Cultural Vistas organisiert und hatte einige Programm-Highlights zu bieten. Neben vielen verschiedenen Rednern, die beispielsweise über die politische Situation in Amerika oder aktuelle Medien berichteten, hatten wir ebenso die Chance einen Einblick in das State Department zu bekommen. Außerdem stand noch ein Besuch im Capitol (Regierungsgebäude) und eine Bus-tour rund um die typischen Washington Memorials auf der Agenda.

In March, our Civic Education Workshop took place in Washington D.C. It was the first time in six months that all participants of the PPP met again. The seminar in the capital was organized by Cultural Vistas and had some program highlights to offer. In addition to many different speakers who reported on the political situation in America or current media, we also had the chance to get an insight into the State Department. Also we got the chance to visit the Capitol (government building) and to take a bus tour around the typical Washington memorials.

**Alle Texte meiner  
PPP-Stipendiatinnen unter  
[www.bernd-ruetzl.de](http://www.bernd-ruetzl.de)**



# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs



### **Volkmar Halbleib**

Parlamentarischer  
Geschäftsführer der  
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für  
Stadt und Landkreis Kitzingen

### **25.000 neue Wohnungen in Bayern: Wann, wenn nicht jetzt?**

Liebe Leserinnen und Leser,

diese verzweifelte Bitte kennt derzeit jeder: „Kennst Du eine freie Wohnung? Eine, die man sich leisten kann?“ 26 der 30 deutschen Kommunen mit den höchsten Wohnkostensteigerungen liegen in Bayern. Seit 2007 sind Mieten um mehr als ein Drittel, Baugrundpreise für Einfamilienhäuser um 86 %, für Wohnungen um 60 % gestiegen.

Die gute Nachricht ist: Die Kommunen bauen, der Bund sorgt für zusätzliches Geld. Dafür haben wir SozialdemokratInnen gesorgt, mit hartem Verhandeln beim Koalitionsvertrag. Die schlechte Nachricht: Der Freistaat Bayern baut nicht, verfügt nicht mal über keine Wohnbaugesellschaft. Statt 350 Millionen pro Jahr wie in den 90er Jahren hat der Freistaat im letzten Jahr 2017 nur 87 Millionen Landesmittel in den sozialen Wohnungsbau gesteckt. Viel zu wenig! Deshalb engagiere ich mich in der SPD-Landtagsfraktion als Sprecher für Wohnungs- und Städtebaupolitik.

Wie müssen die Wohnungskrise bewältigen, damit wir den Menschen Sicherheit und Vertrauen zu-

rückgeben, auch in die politische Handlungsfähigkeit. Dazu gehört, den skandalösen Verkauf von 33.000 Wohneinheiten von Bayerns größter Wohnungsgesellschaft GBW an die Patrizia AG endlich vollständig aufzuklären. Tatsache ist: Von 80.000 Betroffenen, mehrere tausend davon in Unterfranken, fanden sich nach dem GBW-Verkauf unzählige auf der Straße wieder, konnten die bis zu 40 Prozent höheren Mieten nicht mehr bezahlen. Daher plädiert die SPD Fraktion dafür, im Freistaat eine eigene Wohnbaugesellschaft zu gründen und innerhalb von fünf Jahren mindestens 25.000 neue Wohnungen zu bauen. Die finanziellen Mittel sind da: Also wann, wenn nicht jetzt?

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

**Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL**  
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de

### **Martina Fehlner**

Tourismuspolitische Sprecherin  
der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und  
Miltenberg

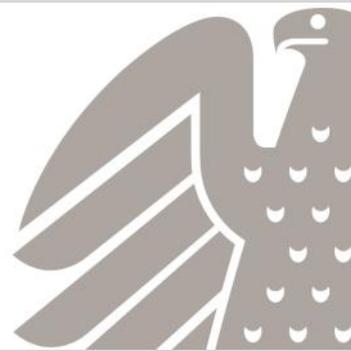


### **100 Jahre Frauenwahlrecht in Bayern: Frauenquote in den Parlamenten muss weiter verbessert werden**

Liebe Leserinnen und Leser,

Die neue Bundesregierung steht. Auf der Basis des Koalitionsvertrages hat sie die Arbeit für die Men-

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



schen in unserem Land begonnen. Ich glaube das neue Kabinett kann sich sehen lassen. Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die paritätische Zusammensetzung. Sowohl SPD als auch CDU stellen jeweils drei Frauen und drei Männer. Im Hinblick auf eine konsequente Frauenquote hat lediglich die CSU noch ein bisschen Nachholbedarf...

Auch wenn der paritätische Anteil der Frauen an der neuen Bundesregierung ein echter Fortschritt ist, sind Frauen in unseren Parlamenten generell noch immer unterrepräsentiert. Auch im Bayerischen Landtag sind nur ein Drittel der Abgeordneten Frauen und der prozentuale Anteil ist sogar rückläufig. Da müssen wir gegensteuern. Wir brauchen mehr Frauen in den Parlamenten. Und zwar auf allen Ebenen: im Bund, im Land, in den Kreisen und in den Kommunen. In der SPD bemühen wir uns, wie ich meine mit zunehmendem Erfolg, die Frauenquote zu verbessern. Dafür haben wir in Bayern ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir haben Natascha Kohnen zu unserer Spitzenkandidatin für die Landtagswahl im Herbst gewählt. Dies sollte ein weiterer Ansporn für die Frauen in unserem Land sein, sich politisch zu engagieren und unsere Politik aktiv mitzugestalten. Vor 100 Jahren wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. Seitdem haben wir auf dem Weg zur Gleichstellung wichtige Hürden genommen, aber eben noch nicht alles erreicht. Denn noch immer sind Frauen in vielen Bereichen erheblich benachteiligt: Auf dem Arbeitsmarkt, bei den Einkommen und auch bei der Rente. Auch müssen wir dafür sorgen, dass die Frauen in den sozialen Berufen besser wertgeschätzt und besser

entlohnt werden. Drohende Altersarmut, Auswege aus der Teilzeitfalle, angemessene Finanzierung von Frauenhäusern, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichberechtigung von Frauen in allen Bereichen und ganz wichtig: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. All das sind wichtige sozialdemokratische Ziele. Dafür werden wir uns auch weiter konsequent und beherzt engagieren.

Herzlichst,  
Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehlner.de



## GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher  
in der SPD-Landtagsfraktion

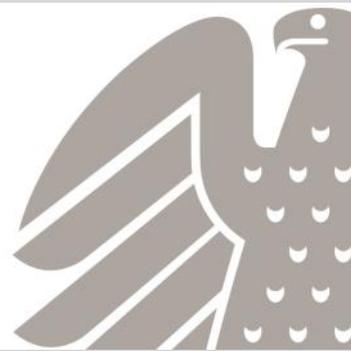
Abgeordneter für Würzburg-Stadt  
Betreuungsabgeordneter für MSP

### Einladung zum Workshop: "Mobilitätswende in Unterfranken 2030" – Eure Ideen sind gefragt!

Unterfranken steht vor einer großen Herausforderung: Immer mehr Menschen zieht es in die Städte. Doch die zunehmende Verstädterung und der demografische Wandel ändern die Mobilitätsbedürfnisse und stellen somit besonders die Verkehrsinfrastruktur vor enorme Herausforderungen.

Unsere Städte werden zunehmend von Stau, Feinstaub und Parkplatzmangel belastet, wohingegen in Dörfern kaum Nahverkehrsmöglichkeiten bestehen

# Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



## Mobilitätswende



## in Unterfranken 2030

und dort jeder auf ein Auto angewiesen ist. Hierfür ist eine Verkehrswende notwendig, die auf nachhaltige Energieträger, sanfte Mobilitätsnutzung und eine Vernetzung verschiedener Formen des Individualverkehrs und des ÖPNV setzt.

Mit Projekten wie dem Bau der Straßenbahnlinie 6 in Würzburg kommen wir dem Ziel einer zukunftsorientierten Mobilität näher. So wird gewährleistet, dass die zahlreichen Studenten sowie der neue Stadtteil Hubland eine effiziente Verbindung in die Stadt erhalten.

Aber auch in ländlichen Gebieten muss der ÖPNV ausgebaut werden, um Dörfer wieder attraktiver zu gestalten.

Zu dem Workshop „**Mobilitätswende in Unterfranken 2030**“ am Samstag, **24. März 2018** von 10 bis 16 Uhr in den Barockhäusern, Neubaustraße 12 in Würzburg, lade ich Euch auf diesem Weg noch einmal sehr herzlich ein. Dieses wichtige Thema müssen wir als SPD noch stärker inhaltlich und politisch besetzen.

Ihr/ Euer

Georg Rosenthal

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL  
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162  
buergerbuero@georg-rosenthal.de